

Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt auf die Wahl-prüfsteine zur Landtagswahl 2016 des Kinder- und Jugendrings Sachsen-Anhalt e.V.

1. Bereich: Wertschätzung junger Menschen

Junge Menschen sind nicht nur die Zukunft. Sie sind hier und heute Bürgerinnen und Bürger des Gemeinwesens. Jugendliche sind Menschen mit eigenen Hoffnungen, Wünschen und Möglichkeiten, aber auch eigenen Forderungen, deren Sicht auf Gesellschaft und Politik sich meist von jenen der Erwachsenen unterscheidet. Grundsätzlich braucht es daher eine eigenständige Kinder- und Jugendpolitik, die ressortübergreifend deren Perspektive berücksichtigt.

Wir haben in der zu Ende gehenden Wahlperiode erreicht, dass die Landesregierung an einem **jugendpolitischen Programm** arbeitet. Das wollen wir in der nächsten Legislatur fortschreiben und verbindlich beschließen lassen. Eine Politik von und für Jugendliche ist Ziel und Weg dieses Programms. Eine solche Politik anerkennt junge Menschen von Anfang an als Bürgerinnen und Bürger. Und erst in zweiter oder dritter Hinsicht als Fachkräfte von morgen.

Damit junge Menschen um ihre Rechte wissen und möglichst früh ein Selbstverständnis als Rechtssubjekt und (auch) politische Akteure entwickeln, wollen wir die **Vermittlung der UN-Kinderrechtskonvention** in den Schulen und Kitas verbindlich machen. Denn nur wer um seine Rechte weiß, kann diese auch einfordern. Die UN-Kinderrechtskonvention ist daher frühestmöglich altersangemessen bekannt zu machen. Wir betrachten dies als Voraussetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung.

2. Bereich: Freiräume

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr öffentliche Räume für Kinder und Jugendliche schaffen. Dies sind Freiräume ohne staatliche oder gesellschaftliche Vordefinitionen, in denen so wenig wie möglich von außen gesteuert und vorgegeben wird, damit sie Erfahrungen sammeln und sich erproben können. Dafür wollen wir ihnen Expertinnen und Experten zur Seite stellen, die in der Lage sind, ihnen diese Freiräume zu schaffen und zu erhalten, ihnen aber gleichzeitig Halt und Hilfestellung bieten, wenn sie diese benötigen und einfordern. Auch sollen beispielsweise Schulsportanlagen Kindern und Jugendlichen auch außerhalb des Unterrichts offen stehen.

Neben Freiräumen brauchen junge Menschen vor allem auch freie Zeiten. Zeiten, die für eigene Interessen, Engagement, Muße und Freunde frei sind. Dies muss in Konzepte für Ganztagschulen einfließen. Denn Ganztagschulen dürfen natürlich nicht dazu führen, dass der Schultag gänzlich getaktet ist und Schülerinnen und Schüler ständig Inhalte vorgesetzt bekommen. Vielmehr sind Möglichkeiten der Frei-Räume und Frei-Zeiten zusammen mit den Schülerinnen und Schülern zu entwickeln. Auch wollen wir freiwilliges Engagement fördern, indem wir eine gesetzliche Regelung zur Befreiung vom Unterricht schaffen.

3. Bereich: Mobilität und „Verortung“

Mobilität ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Gerade in einem Flächenland wie Sachsen-Anhalt gilt es, die Mobilität der jungen Menschen zu sichern. Gleichzeitig ist aber auch dafür Sorge zu tragen, dass erst gar keine unnötigen weiten Wege entstehen.

Daher setzen wir uns für den **Erhalt von Grundschulen** ein. Schulschließungen berauben die Gemeinden um eines ihrer Lebenszentren und zwingen Kinder zu langen Busfahrten. Mit Schulverbänden können wir das verhindern.

SGSA-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

Um „grenzenlose“ Mobilität in Sachsen-Anhalt zu fördern, wollen wir ein **Rund-um-die-Uhr-SchülerInnenticket**, das an sieben Tagen in der Woche gültig ist. Der ÖPNV soll für SchülerInnen 24/7 nutzbar sein. Dafür wollen wir auch den Eigenanteil von 100 € zum SchülerInnenticket für die gymnasiale Oberstufe streichen.

Soziale Teilhabe wird aber - gerade bei jungen Menschen – zunehmend auch online realisiert. Wir wollen den Rückstand beim **Breitbandausbau** aufholen und in Sachsen-Anhalt schnellstmöglich flächendeckend leitungsgebundene Anschlüsse mit mindestens 100 Mbit/s.

4. Bereich: Bildung

Wir wollen **Kommunale Bildungslandschaften**, die alle Angebote und Ideen von Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Wirtschaft, Sport, Kultur, Politik und Verwaltung zusammenführt. Derartige Konzepte müssen in den Kommunen ausgearbeitet und umgesetzt werden. Sie geben mehr jungen Menschen Chancen, beugen Abwanderung vor und verbessern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Die entsprechende Jugendhilfeplanung hat dafür partizipativ zu erfolgen und ist kommunal abzustimmen mit der Sozial- und Schulentwicklungsplanung. Nur durch ein abgestimmtes, ressortübergreifendes und planvolles Handeln im Bereich der Jugend-, Schul- und Sozialpolitik kann den Herausforderungen gerade im ländlichen Raum angemessen begegnet werden.

Mit einer **Drittelparität bei der Gesamtkonferenz** wollen wir die Stimme der SchülerInnen, aber auch der Eltern, stärken. Wir wollen Schule zu einem Lern- und Lebensort der jungen Menschen weiter entwickeln. Dafür ist ihre aktive Teilnahme und ihre Mitbestimmung nötig. Mindestens in der Gesamtkonferenz braucht es daher ein Machtgleichgewicht aller beteiligten Gruppen: Lehrerschaft, Elternschaft, Schülerschaft.

5. Bereich: Gute und gleichwertige Lebensverhältnisse

Bei der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit wollen wir einen **Flächenfaktor** einführen. Denn ansonsten droht den Flächenkreisen eine Unterfinanzierung. Ein Jugendclub für 15 Kinder ist nicht signifikant günstiger als einer für 25. Daher darf die Finanzierung nicht rein nach der Anzahl junger Menschen pro Landkreis erfolgen. Entsprechend muss die Größe eines Kreises in die Berechnung der Förderung einteilig einfließen.

Geflüchtete und insbesondere junge Geflüchtete stellen eine große Chance für unser Bundesland dar. Daher ist der Schulbesuch von Kindern schnellstmöglich zu realisieren. Auch die Aufnahme einer Ausbildung oder eines Studiums sind intensiv zu unterstützen und zu begleiten. Unser Konzept einer sozialpädagogischen Ausbildungsbegleitung ist auch für die Zielgruppe junger Geflüchteter anzuwenden. Auch setzen wir uns dafür ein, dass eine Aufenthaltsgewährung für die Dauer einer Berufsausbildung gewährt wird. Dies soll bereits ab der Aufnahme einer Berufsausbildung gelten, sodass Auszubildende und Ausbildungsbetriebe Sicherheit haben, dass die Berufsausbildung auch abgeschlossen werden kann.

6. Bereich: Die Perspektive junger Menschen in Sachsen-Anhalt

Neben dem Ausbau kommunaler Beteiligungsmöglichkeiten durch eine gesetzliche Beteiligungspflicht der Kommunen und der Installation eines Kinder- und Jugendgremiums auf Landesebene, wollen wir insbesondere durch **kommunale Kinder- und Jugendbeauftragte** die Perspektive junger Menschen fördern. Diese Beauftragten sollen die ErstansprechpartnerInnen der jungen Menschen in ihrer Region werden. Sie sollen als Beratungsstelle fungieren, Schnittstelle gegenüber der Verwaltung sein, Projekte finanzieren und moderieren und damit umfänglich die Interesse der jungen Generation vertreten.

Für die berufliche Perspektive der jungen Generation möchten wir eine **„Ausbildungsgarantie“** zusammen mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften beschließen. Denn Ausbildung ist das

KJR-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

Recht eines und einer Jeden, unabhängig von demographischen und volkswirtschaftlichen Begründungszusammenhängen. Diese Ausbildungsplatzgarantie wollen wir durch eine sozialpädagogische Ausbildungsbegleitung und die Förderung von Verbundausbildungen flankieren. Die Ausbildungsbegleitung soll insbesondere leistungsschwächere junge Menschen oder solchen in schwierigen Lebenssituationen (z.B. Alleinerziehende) dabei unterstützen eine Ausbildung zu beginnen und erfolgreich abzuschließen. Damit soll das Übergangssystem mittelfristig abgeschafft werden.

Die Förderung der Verbundausbildung zielt darauf gerade kleinere Betriebe bei der Ausbildung zu beraten und zu begleiten. Beide Maßnahmen sollen den hohen Abbruchzahlen während der Ausbildung entgegenwirken und die vergleichsweise niedrige Übernahmequote erhöhen.

7. Partizipation:

Gerade unter den Vorzeichen einer alternden Gesellschaft ist die Beteiligung junger Menschen wichtig. Denn diese Bevölkerungsgruppe wird bei uns im Land mehr und mehr zu einer Minderheit. Gleichzeitig ist sie eine Bevölkerungsgruppe, die nur über wenige Ressourcen direkt selbst verfügt. Politik hat daher die Mitwirkung und Mitbestimmung junger Menschen aktiv voran zu bringen.

Wir fordern ein **Wahlalter ab 14 Jahren**. Analog zur Strafmündigkeit und Religionsfreiheit sollen junge Menschen mit Vollendung des 13. Lebensjahres ihre Stimme erheben dürfen. Denn auch sie gehören dem Volke an, von dem alle Staatsgewalt auszugehen hat. Ihren Einfluss auf Landespolitik wollen wir durch die Schaffung eines Kinder- und Jugendgremiums auf Landesebene weiter ausbauen.

Um auch die Beteiligung vor Ort zu stärken, wollen wir die Kommunen verpflichten junge Menschen an Planungen zu beteiligen. Wenn Vorhaben die Lebenswelt junger Menschen betreffen, sind entsprechende Mitwirkungsmöglichkeiten zu schaffen. Das wollen wir in der Kommunalverfassung verankern. Zur Durchsetzung dieses Rechtsanspruchs wollen wir ein **Verbandsklagerecht** festschreiben. Jugendverbände können dann die Beteiligung junger Menschen notfalls einklagen.

8. Bereich Partner_innen und Strukturen

Damit flächendeckend in Sachsen-Anhalt vielfältige Verbandsstrukturen ermöglicht werden, wollen wir eine Anschubfinanzierung zur Gründung von Jugendverbänden in den Landkreisen schaffen.

Als gesetzliche Vorgabe im Familienförderungsgesetz müssen alle Landkreise eine Jugendhilfeplanung beim Land einreichen. Hier muss genau geschaut und ggf. sanktioniert werden, ob und wie die Förderung der Jugendverbände fester Bestandteil und gelebte Alltagskultur in den Kommunen ist. Diese Planungen auf Kreisebene sind mit den Planungen auf Landesebene zu vernetzen. Das Landesjugendamt hat Schulungen zur qualitativen Verbesserung der Planungskompetenz in den Kreisen und kreisfreien Städten anzubieten.